

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 20. Oktober 2001

112. Jahrgang Nr. 31.324

Wahlschlappe für die Allianz

Opposition übernimmt neben Mehrheit im Senat auch das Abgeordnetenhaus

Die zehnten Wahlen zur Legislative seit der Rückkehr der Demokratie 1983 wurden am vergangenen Sonntag zu einer in Argentinien bislang in diesem Ausmaß nicht gekannten Bürgerschelte. Knapp über zehn Millionen Wähler gaben bei den landesweiten Parlamentswahlen weiße oder ungültige Stimmzettel ab und machten damit ihren Unmut über die wirtschaftliche und soziale Misere des Landes sowie ihrer Politikverdrossenheit Luft. Mit einer Wahlbeteiligung von nur 74 Prozent wurde zudem ein neuer Tiefststand seit 1983 verzeichnet.

Obwohl der PJ gegenüber den Präsidentschaftswahlen von 1999 rund 1,1 Millionen Stimmen verlor, ist der Justizialismus der große Sieger des vergangenen Sonntags. Er erhielt mehr als fünfeneinhalb Millionen Stimmen, konnte sich in 17 der 24 Provinzen (einschließlich der Bundeshauptstadt) durchsetzen und behält weiterhin die Mehrheit im Senat. Hinzu kommt nun vom 10. Dezember an die erste Minderheit in der Abgeordnetenkammer. Die Regierungsalianz aus UCR und Frepaso verlor über zwei Millionen Wählerstimmen und die Mehrheit im Unterhaus.

Größter Verlierer der Wahl war neben der Regierungsalianz aus UCR und Frepaso die Acción por la República von Wirtschaftsminister Do-



Eduardo Duhalde (mit Ehefrau „Chiche“) feiert sein politisches Comeback.

mingo Cavallo, die 1,5 Millionen Wähler verlor.

Während sich im Senatsrennen der Bundeshauptstadt Alfredo Terragno (Allianz) durchsetzen konnte, feierte in der Provinz Buenos Aires Eduardo Duhalde sein politisches Comeback. Der ehemalige Präsidentschaftskandidat des PJ konnte seinen Widersacher von der UCR, Ex-Präsident Raúl Alfonsín, vernichtend schlagen.

An der Sitzverteilung im Senat änderte sich im Vergleich zu 1999 jedoch kaum etwas. Während der Justizialismus seine 39 Sitze und damit die Mehrheit im Oberhaus verteidigte, wird die Allianz künftig

von 25 Senatoren (UCR 24, Frepaso 1) vertreten, drei mehr als bisher. Die Zugewinne verbuchte allesamt der UCR, sie gingen zu Lasten kleinerer Provinzparteien.

Zudem ist der PJ mit neu 116 (bisher 99) von 257 Sitzen nun auch in der Abgeordnetenkammer stärkste Fraktion, gefolgt von der Allianz mit 88 (UCR 71, Frepaso 17). Während die Regierungskoalition 14 Mandate (UCR 9, Frepaso 5) verlor, gewann der PJ 17 hinzu. Elisa Carriós ARI hielt ihre 17 Sitze, die AR wird weiterhin mit neun Abgeordneten, andere Parteien mit insgesamt 27 Sitzen (30) vertreten sein.

Randglossen

Dass Präsident de la Rúa ausgerechnet zwei Tage nach dem Wahldebakel seiner Regierungskoalition für ebenfalls zwei Tage nach Spanien reiste, um an einer Tagung über die spanische Sprache teilzunehmen, hat in politischen Kreisen Befremden bewirkt. Selbstverständlich begleiteten den Präsidenten mehrere Beamte und sein Sohn. Diese Vergnügungsreise de la Rúas erlaubte ihm indessen, die Entscheidungen über mögliche Kabinettsänderungen hinaus zu schieben, die in Hinblick auf das Wahldebakel erwartet wurden. Das politische Vakuum, das nach den Wahlen entstanden ist, wird von allerlei Vorschlägen zwecks Abkehr von der Wirtschaftspolitik begleitet, die sich hüten, die Öffentlichkeit darüber zu orientieren, wie sie sich die künftige Wirtschaftspolitik vorstellen. Weder genügend Steuereinnahmen noch neue Kredite stehen zur Finanzierung gewünschter Staatsausgaben bereit.

In parlamentarischen Gefilden hat der Wahlsieg der Justizialisten bereits zu Ansprüchen auf Ehrenposten geführt. Bisher galt das ungeschriebene Gesetz, dass in beiden Kammern Vertreter der jeweils regierenden Partei den Vorsitz führen, bisher Mario Losada im Senat und Rafael Pascual in der Deputiertenkammer, beide radikale Parteipolitiker. Präsident de la Rúa hat die justizialistischen Senatoren, sich weiterhin an diese Regel zu halten, damit Losada bestätigt wird, gab aber in der Deputiertenkammer klein bei, wo bereits der Deputierte Camaño aus der Provinz Buenos Aires als Vorsitzender gehandelt wird. Zudem bestehen die PJ-Gouverneure von elf Provinzen darauf, dass der neu gewählte Senator und Exgouverneur von Misiones, Ramón Puerta, den Vorsitz im Oberhaus übernimmt, wogegen die PJ-Gouverneur der drei grossen Provinzen Buenos Aires, Santa Fe und Córdoba opponieren. Das Gerangel um Posten muss bis zum 10. Dezember geregelt sein, so dass inzwischen für politische Abwechslung gesorgt sein wird.

Deutliche Protestwahlen

Wie schon vor dem Wahltag erwartet, haben die Wahlen vom vergangenen 14. Oktober gezeigt, dass die Protestwähler gewaltig zugenommen haben. Von 24,8 Millionen eingeschriebenen Wählern meldeten sich 18,3 Millionen zu den Urnen, gleich 73,7 Prozent. 26,3 Prozent blieben zu Hause, obwohl in Argentinien Wahlpflicht für Bürger und Bürgerinnen zwischen 18 und 70 Jahren besteht. Die Abwesenheit von 6,5 Millionen Wählern fiel höher als bisher aus, obwohl die Wahlbeteiligung bei Parlamentswahlen immer etwas unter den rund 80 Prozent von Präsidentschafts- und Gouverneurswahlen liegt.

Zu den Nichtwählern gesellen sich 2,3 Millionen ungültige (12,9 Prozent) und 1,5 Millionen (8,2 Prozent) weisse Stimmzettel bzw. leere Umschläge, zusammen 3,8 Millionen (21,1 Prozent) Wähler, die zu den Urnen schritten, um ihren Protest zum Ausdruck zu bringen. Insgesamt kletterten Nichtwähler, ungültige und weisse Stimmen auf 10,6 Millionen oder 47,4 Prozent der eingeschriebenen Wähler. Das heisst im Klartext, dass nur knapp über die Hälfte aller eingeschriebenen Wähler für bestimmte Kandidaten abgestimmt haben. Die andere Hälfte empfand offenbar, dass keine Kandidaten sie vertreten. In den Vereinigten Staaten, wo keine Wahlpflicht besteht und die Bürger sich für jede Wahl neu registrieren müssen, schreiten auch nur die Hälfte oder sogar weniger Bürger und Bürgerinnen zu den Urnen, ohne dass jemand deshalb Protestwähler registriert.

Bezogen auf die Stimmen für Kandidaten, siegen wie erwartet die Justizialisten und ihre Alliierten mit insgesamt 5,7 Millionen Stimmen, die 40 Prozent aller anwesenden Wähler ausmachten. Obwohl landesweit siegreich, verloren die Justizialisten 1,1 Millionen Stimmen im Vergleich zu den Präsidentschaftswahlen von 1999. Immerhin konnten sie in 17 Gliedstaaten siegen, ihre bisherige

Mehrheit von 39 Senatssitzen behaupten und in der Deputiertenkammer mit 116 Sitzen gegen vorher 99 die erste Minderheit beanspruchen. Ohne Protestwähler würde das Wahlergebnis sicherlich viel günstiger für die Justizialisten ausgefallen sein.

Die Allianz der UCR und des Frepaso errang landesweit nur 3,3 Millionen Stimmen, was einen nahezu katastrophalen Verlust von 3 Millionen Stimmen bedeutet. Mit 23,3 Prozent fiel die Allianz sogar unter die traditionellen Stimmenanteile der Radikalen, aufgenommen 1995 mit damals nur 15 Prozent.

Als drittgrösste Partei musterte ARI, wie sich das neue politische Gebilde der Deputierten Elisa Carrió im Kürzel nennt, 1,1 Millionen Stimmen, gleich 8,2 Prozent. Carrió zeigte sich erfreut über dieses Wahlergebnis, obwohl ihre Kandidaten in ihrer Heimatprovinz Chaco verloren und ihr Spitzenkandidat Alfredo Bravo für das Senatorenamt der Stadt Buenos Aires nur dank der 50.000 Stimmen der Minipartei Nuevo Milenio von Dante Gullo knapp vor Gustavo Béliz den Minderheitsposten hinter Rodolfo Terragno der Allianz ergatterte, nachdem die Umfragen ein Rennen mit Terragno Kopf-an-Kopf vorausgesagt hatten.

Die Allianz konnte trotz ihren massiven Stimmenverluste dank erstmalig direkter Senatorenwahl 27 Sitze gewinnen, drei mehr als bisher. Das ändert nichts an der eigenen Mehrheit der Justizialisten im Oberhaus. In der Deputiertenkammer fiel die Allianz von 102 auf 88 Mandate zurück. Damit befindet sich der nationale Kongress praktisch in den Händen der justizialistischen Senatoren und Deputierten.

Mehrere linkslastige Parteien und Stempel, die allerlei Bezeichnungen und Kürzel ihr eigen nennen, hätten zusammen einen echten Wahlerfolg mit über 25 Prozent vor der Allianz erringen können, insbesondere in der Stadt Buenos Aires, wogegen sie getrennt in den Wahlkampf zogen und die gleichen Postulate vortrugen. Persönlicher Ehrgeiz bestimmt seit Jahrzehnten die Spaltungen linkslastiger Parteien in Argentinien.

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums konnten liberal-konservative Kandidaten keinen Erfolg verbuchen. Ihr bester Kandidat Carlos Balter in Mendoza kam mit geringem Stimmenunterschied an dritter Stelle nach den Kandidaten der Justizialistischen Partei und der Allianz an. Die Republikaner Cavallos errangen nur einen Achtungserfolg im Wahlviertel Socorro der Stadt Buenos Aires,

erreichten aber landesweit kaum mehr als 300.000 Stimmen an siebter Stelle. Das parteipolitische Konzept des Wirtschaftsministers dürfte mit dieser Wahl ausgespielt haben.

Hinter den Parlamentariern, die landesweit gewählt wurden, standen die Gouverneure in jedem Gliedstaat, die somit Siege und Niederlagen verbuchten. Als grösster Sieger entpuppte sich Gouverneur Adolfo Rodríguez Saá von San Luis, dessen Senatskandidaten Liliana Teresita Negre und Raúl Ernesto Ochoa 67,3 Prozent der Stimmen bei relativ wenig Protestwählern errangen. Das Wahlvolk honorierte somit die effiziente Provinzverwaltung ohne Defizit seit anderthalb Jahrzehnten, mit weniger Beamten, beachtlichen Investitionen und hohem Wachstum. Néstor Kirchner von Santa Cruz folgte mit 61,8 Prozent, dann die Familie Menem in La Rioja mit 54,7 Prozent. Carlos Juárez von Santiago del Estero mit 53,6 Prozent, Juan Carlos Romero von Salta mit 52,8 Prozent und Rubén Marín von La Pampa mit 50,3 Prozent. Eindeutige Verlierer waren Sergio Montiel von Entre Ríos der Allianz mit nur 27,8 Prozent und Iglesias von Mendoza mit nur 20 Prozent.

Die mutmasslichen PJ-Präsidentschaftskandidaten für 2003, Carlos Ruckauf, Carlos Reutemann und José Manuel de la Sota gingen mit ihren Kandidaten zwar siegreich hervor, musterten aber viel weniger Stimmenprozente: 37,6 Prozent für Eduardo Duhalde, 35,6 Prozent für Oscar Lamberto bzw. 45,8 Prozent für Juan Carlos Maqueda. In bevölkerungsreichen Gliedstaaten machten sich die Proteststimmen stärker als in anderen Provinzen bemerkbar.

Die Proteststimmen zielen darauf ab, dass die Regierungen und die Parlamente die Kosten der Politik senken, wie es Córdoba und wenige Gemeinden bereits getan haben, indem die Zahl der Parlamentarier zurückgeschraubt wurden. Darüber hinaus protestierten die Wähler gegen die Rezession mit Arbeitslosigkeit, deren Überwindung bisher gescheitert ist, weil die Staatsausgaben uferlos zugenommen, dadurch hohe Defizite und Verschuldungen bewirkt haben, deren Folgen hohe Zinssätze und die Furcht vor einem Default oder einer Abwertung waren. Verängstigte Sparer reagierten hierauf mit massivem Depositenabfluss. Wie die Sparer wieder beruhigt werden und das Vertrauen heimkehrt, ist jetzt die offene Frage, die nach den Wahlen eine Antwort erheischt. Siegreiche und unterlegene Kandidaten sind dem Volk hierüber immer noch eine Erklärung schuldig.

WOCHENÜBERSICHT

De la Rúa-Kritik

Präsident Fernando de la Rúa hat am Mittwoch den Sieg der hauptstädtischen Allianz in den Legislativwahlen relativiert. „Die Allianz 2001 platzierte sich noch nach den weißen Stimmzetteln“, stellte de la Rúa fest. Gleichzeitig forderte er seinen Ex-Kabinettschef Rodolfo Terragno und den Chef der Stadtregierung, Aníbal Ibarra, auf, „mit mehr Verantwortung“ zu agieren.

Terragno-Antwort

Rodolfo Terragno, gewählter Senator in der Hauptstadt, hat die Kritik De la Rúas zurückgewiesen. Er wisse schon nicht mehr, was er tun könne, damit „der Präsident aufwacht“, sagte Terragno vor Journalisten. Gleichzeitig ließ Terragno die Möglichkeit offen, dass UCR und Allianz der Regierung die Unterstützung versagen, wenn der Wirtschaftskurs nicht geändert werde.

Ruckauf-Absage

Der bonaerenser Gouverneur

Carlos Ruckauf hat erklärt, der PJ werde keinesfalls an einem eventuellen Kabinett der „nationalen Einheit“ teilhaben. Gleichzeitig bestätigte Ruckauf, dass seine Partei Vorschläge für einen Ausweg aus der Krise habe. „Das Wichtigste ist nicht die Aufnahme von Ministern aus verschiedenen Parteien in das Kabinett, sondern eine Änderung der Wirtschafts- und Sozialpolitik“, erklärte Ruckauf.

Mestre vs. Duhalde

Bei einem Gespräch mit Journalisten hat Innenminister Ramón Mestre eine Bitte um Bewertung des PJ-Sieges wie folgt beantwortet: „Ich glaube nicht, dass wir von Siegen sprechen können; in der Provinz Buenos Aires ist der Prozentsatz der Nichtwähler sehr hoch gewesen; außerdem muss man sich vor Augen halten, dass derjenige, der die reichste Provinz Lateinamerikas zugrunde gerichtet hat, der Sieger ist“, sagte Mestre mit Blick auf den PJ-Politiker Eduardo Duhalde.

Menem-Farce

Keine 48 Stunden nach Bekanntwerden seiner Wiederwahl zum Senator hat Eduardo Menem seinem Bruder Carlos im Namen des PJ der Provinz La Rioja den Senatssitz zur Verfügung gestellt. Der Ex-Präsident aber, der sozusagen Ersatzmann für den Sitz ist, machte aus dem möglichen Manöver ein Schaustück. Menem lehnte vor laufender TV-Kamera das Angebot ab, mit der Bemerkung, er denke nicht daran, eine Immunität zur Erreichung seiner Freiheit zu benützen.

„Säuberung“ in Catamarca

Nach der schweren Wahlniederlage des Peronismus in der Provinz Catamarca hat der PJ die Geschwister Ramón und Alicia Saadi wegen parteischädigenden Verhaltens ausgeschlossen. Bereits am Nachmittag des Wahlsonntags hatten mehrere führende Parteifunktionäre nach Bekanntwerden der ersten Ergebnisse deren unmittelbaren Ausschluss gefordert. Der Interventor Víctor Ramos bestätigte die Maßnahme und kündigte

eine „Säuberung“ des Provinz-PJ an.

Corrientes vor Stichwahl

In der Provinz Corrientes hat die Gouverneurs-Wahlformel des von Ricardo Colombi geführten Frente de Todos (Gemeinsame Front) einen knappen Sieg über den Frente Para la Unidad (Einigkeitsfront) von Raúl ‚Tato‘ Romero Feris errungen. Da keiner der beiden Kandidaten die absolute Mehrheit erreichte, kommt es am 4. November zu einer Stichwahl um das Amt des Gouverneurs und dessen Vize.

PJ in La Matanza

Im bevölkerungsreichen Wahlbezirk La Matanza, wo Alberto Ballestrini das Bürgermeisteramt bekleidet, hat der PJ die 12 zur Wahl stehenden Stadtratssitze gewonnen. Das gleiche geschah im bonaerenser Merlo, wo Raúl Otaché Regierungschef ist. Dort wurden alle PJ-Kandidaten gewählt, während die Allianz Kandidaten das Nachsehen hatten.

Ohnmacht

Gemäß einer Umfrage des Meinungsforschers CEOP in der Hauptstadt und Groß-Buenos Aires sind 90,8 Prozent der Bürger, die weiße oder ungültige Stimmzettel abgegeben haben davon überzeugt, „dass dies eine Art ist, den Ärger über die Politiker publik zu machen“. Allerdings versicherten 61,5 Prozent, dieses Vorgehen werde an den Realitäten nichts ändern.

Lärm um Müll

In Mar del Plata haben die in der Nachbarschaft der geplanten Mülldeponie lebenden Bürger Strafanzeige gegen das Unternehmen erstattet, das an der Errichtung des Müllplatzes interessiert ist. Grund ist, dass das Unternehmen ein Gutachten über die eventuellen Umwelteinwirkungen der

Deponie eingereicht hat, das mit dem gleichen Wortlaut zwei Jahre zuvor als nicht zu verwirklichen abgelehnt wurde.

Milzbrand-Briefe

In Argentinien sind nach Medienberichten angeblich „Milzbrand-Briefe“ aus den USA eingetroffen. Die als verdächtig eingestuft Sendungen wurden den Behörden übergeben. Resultate werden erst in den kommenden Tagen vorliegen. Das Gesundheitsministerium bat zudem um „Bedachtsamkeit“ im Umgang mit derartigen Meldungen, um „jede Art von Panik unter der Bevölkerung zu vermeiden“. Die durch den Anthrax-Bazillus hervorgerufene Tierkrankheit Milzbrand kann über Inhalation oder Hautkontakt auf den Menschen übertragen werden und im schlimmsten Fall zum Tode führen.

Emilie Schindler beerdigt

Waldkraiburg (dpa/AT) - Im Rahmen einer großen Trauerfeier ist am Freitag in Bayern Emilie Schindler zu Grabe getragen worden. Ihr Mann Oskar und sie hatten während der Nazizeit 1.200 Juden gerettet. Der Film „Schindlers Liste“ machte die Rettungsaktion Jahrzehnte später weltbekannt. An der Trauerfeier in Waldkraiburg in Oberbayern nahmen auch Politiker und Diplomaten teil. Israel wurde durch Konsul Giora Shimron vertreten. Der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder ließ einen Kranz niederlegen.

Emilie Schindler war genau zwei Wochen zuvor in Strausberg bei Berlin im Alter von 93 Jahren an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben. Die Sudetendeutsche hatte nach dem Zweiten Weltkrieg in Bayern und danach mehr als 50 Jahre in San Vicente vor den Toren von Buenos Aires gelebt. Erst im Juli war sie mit dem Wunsch, ihren Lebensabend „da zu verbringen, wo meins ist“, nach Deutschland gereist.

Emilie Schindler „war ein Mensch in einer unmenschlichen Zeit und ein leuchtendes Beispiel für alle nachfolgenden Generationen“, sagte die bayerische Sozialministerin Christa Stewens. Ohne ihren beherzten Einsatz wäre die Rettung vieler Juden vor dem sicheren Tod in den Vernichtungslagern der Nazi-Diktatur „nie möglich gewesen“.

Nach dem Krieg hatte Oskar Schindler seine Frau verlassen. Er starb 1974 ebenfalls in Deutschland.

Peronismus fordert Kursänderungen

Neue Bedingungen für Diskussion über Außenschuld und Steueranteile

Der Peronismus, großer Gewinner der Legislativwahlen und jetzt mit Mehrheit sowohl im Senat als auch in der Abgeordnetenkammer, leitete am Mittwoch eine Serie von Treffen seiner Führungskräfte ein. Vordringliches Ziel ist eine allgemeine Sprachregelung für die kommenden Verhandlungen mit der Regierung, die auch Forderungen mit dem Hinweis auf eine mögliche geschlossene Opposition einschließen werden.

Der PJ stützt sich dabei auf die „Stimme der Urnen“, die gemäß seiner grundlegenden Überlegungen Kursänderungen in drei oder vier Bereichen zur Folge haben müssen. Kein Zweifel besteht darüber, dass Übereinkommen in dem einen oder anderen Punkt als „Politik des Staates“ präsentiert werden sollen und keinesfalls als irgendeine Art von „Mitregierung“ des PJ.

Zentrale Themen sind vor allem die Neuprogrammierung der öffentlichen Schulden, die Festlegung einer Wachstums- und Produktionspolitik mit Vorrang vor dem Konzept der Einsparpolitik, eine „Arbeitslosenversicherung“ für Haushaltsvorstände, die der Linderung der sozialen Krise und als Impuls für den Konsum dient, die Schaffung eines föderativen Gutscheins (bono federal). Zudem will der PJ die Allianzregierung zur „Erfüllung der Verpflichtungen der Nationalregierung“ über die Verteilung der Steueranteile für die Provinzen drängen.

Zur Erreichung dieser Ziele stehen Treffen des Frente Federal (Föderative Front), der justizialistischen Gouverneure der so genannten

kleinen Provinzen, ein Gipfeltreffen der PJ-Gouverneure mit dem Justizialistischen Nationalrat und den PJ-Fraktionschefs beider Kammern auf dem Programm. Hinzu kommt ein Treffen der PJ-Gouverneure, an dem die bedeutendsten Parlamentarier der Partei und einige Mitglieder der CGT-Führungsspitze teilnehmen werden.

Vor allem bei den letztgenannten Treffen geht es einerseits um die mit der Regierung zu diskutierenden Themen, andererseits gelten diese Unterredungen als Beginn einer innerparteilichen Diskussion über die neu einzuschlagende Marschrichtung im Spiegel einer Führungsreform. Dabei wird es dann auch um die Präsidenten kandidatur für 2003 gehen. Nicht zuletzt aber werden die Strategien zur Erlangung neuer Positionen entsprechend der neuen politischen Realität im Kongress debattiert werden. So strebt der PJ, wie verlautet, die Präsidentenschaft in der Abgeordnetenkammer an.

Einer der unumstrittenen Sieger der Wahlen am Sonntag, der gewählte bonaerenser Senator Eduardo Duhalde, der an keiner der vorgenannten Treffen teilnehmen wird, möchte die Rolle des Organisators in diesem Prozess übernehmen. In bezug erste Kontaktaufnahmen von Kabinettschef Chrystian Colombo und Präsidialsekretär Nicolás Gallo mit den menemistischen Senatoren Eduardo Bauzá und Carlos Corach hieß es aus Kreisen Duhaldes: „Wenn die Regierung glaubt, dass der Dialog mit dem Justizialismus über den Menemismus geht, ist das ein schlechter Anfang.“

Der Entschluss war einstimmig. Angesichts des Wahldebakels forderte der Block der radikalen Abgeordneten ein Treffen mit Präsident Fernando de la Rúa. Auf der Tagesordnung soll dann eine „dringende Kursänderung der Wirtschaftspolitik“ stehen. In ihrer Klausurtagung am Dienstag vereinbarten die UCR-Abgeordneten hierfür bereits eine Strategie, welche de la Rúa zweifellos noch Unbehagen bereiten wird - wann und wo immer auch das Treffen zwischen dem Präsident und seinen Parteikollegen stattfinden wird.

Vordergründig gaben die Abgeordneten ihren Befürchtungen Ausdruck, wonach bei Nichtände-

Auch die UCR probt den Aufstand

Radikale fürchten Probleme bei der Verabschiedung von Gesetzen

Der Wirtschaftspolitik die Abgeordnetenkammer künftig keine Gesetze mehr verabschieden könne. Dann nämlich, wenn sich die am Sonntag bei den Parlamentswahlen zur Minderheitsregierung gestutzte Allianz ab 10. Dezember im Abgeordnetenhaus einer PJ-Mehrheit ausgesetzt sieht.

Daher stimmte die von Horacio Pernesetti (UCR-Catamarca) geführte Fraktion hinter verschlossenen Türen dafür, keine weiteren Vorlagen der Exekutive, die Ein-

sparungen im Sozialbereich vorsehen und damit die „Rezession vertiefen“, zu unterstützen. „Die Wahlergebnisse haben gezeigt, dass die Bürger keine weiteren Einsparungen hinnehmen können und es fehlen daher drastische Änderungen für die Neubelebung der Wirtschaft“, erläuterte Pernesetti. Zugleich wurde jedoch der Antrag von 15 Abgeordneten des regierungskritischen Sektors um Margarita Stolbizer, die den Rücktritt von Wirtschaftsminister Domingo

Cavallo forderten, zurückgewiesen.

Dafür stimmten die 88 UCR-Abgeordneten darin überein, dass in der Haushaltsvorlage für 2002 kein Raum zur Erfüllung des Null-Defizit-Gesetz sei. Man war sich nämlich darüber einig, dass „eine Besserung der Steuereinnahmen in der rezessiven Wirtschaft, in der wir leben, unmöglich ist“. Gleichzeitig boten die Abgeordneten jedoch eine Reihe von Alternativen an wie etwa ein Gesetzesprojekt, das eine Steuersenkung zur Wirtschaftsbelebung vorsieht und die Instrumentalisierung einer Steuer auf Guthaben und Besitz im Ausland einbezieht.

Zudem machten die UCR-Abgeordneten Vorschläge zur Belegung der regionalen Wirtschaften, zur Besteuerung der Dividendengewinne von Unternehmen und schlugen eine Senkung der Kreditzinsen vor.

Auch werde ein Plan über die Neuverhandlung der Außenschuld ausgearbeitet.

Abschließend weisen die Abgeordneten darauf hin, dass auf Grund der nach dem 10. Dezember veränderten Sitzverhältnisse im Kongress zumindest einige dieser Vorschläge noch vor diesem Zeitpunkt eingeführt werden sollten. Nach dem 10. Dezember werde man sich nämlich den „Launen des Justizialismus“ fügen müssen.

Ex-Junta-Befehlshaber in Auslieferungshaft

Suárez Mason soll sich für den Tod von Elisabeth Käsemann verantworten

Die Chancen für die juristische Aufarbeitung von Verbrechen der früheren argentinischen Militär-Junta vor einem deutschen Gericht steigen. Die Justiz in Nürnberg ermittelt wegen des Todes einer Deutschen im Jahr 1977. Nach Nürnberger Angaben vom Mittwoch hat der argentinische Bundesrichter Gabriel Cavallo bereits am 3. Oktober gegen den früheren Junta-Befehlshaber Carlos Guillermo Suárez Mason Auslieferungshaft angeordnet. Die deutsche Botschaft sei durch das argentinische Außenministerium bereits zwei Tage später informiert worden. Grundlage von Cavallos Anordnung sei der internationale Haftbefehl des Oberlandesgerichts Nürnberg gegen Suárez Mason vom 11. Juli 2001.

Die Staatsanwaltschaft Nürnberg ermittelt gegen den heute 77-jährigen Militär wegen Mordes. Suárez Mason soll für den Tod der

deutschen Studentin Elisabeth Käsemann während der Zeit der Militärdiktatur in den 70er Jahren verantwortlich gewesen sein. Die Tochter des Moralthologen Ernst Käsemann wurde nach Erkenntnissen der deutschen Justiz 1977 von argentinischen Sicherheitskräften „mit Wissen und Wollen des Beschuldigten interniert“ und zweieinhalb Monate später hinterrücks erschossen.

„Für uns ist die Entscheidung eine tiefe Genugtuung und ein unübersehbares Hoffnungszeichen auf dem Weg zu Wahrheit und Gerechtigkeit“, kommentierte in Nürnberg Kuno Hauck, Sprecher der international arbeitenden „Koalition gegen Straflosigkeit“ die Anordnung Cavallos. Der Nürnberger Justizsprecher Richard Wankel bewertete die vorläufige Auslieferungshaft am Mittwoch als „erhebliche Entscheidung“.

Bisher waren die Ausliefe-

De la Rúa's Botschaft

In einer Botschaft an die Nation hat Präsident Fernando de la Rúa noch am Wahlabend bekräftigt, die Wahlbotschaft verstanden zu haben. „Wir sind dazu verpflichtet, die Forderungen der Argentinier zu hören. Nach dieser Wahl müssen viele Dinge geändert werden“, sagte de la Rúa in einer live vom Fernsehen übertragenen Rede. Der Präsident interpretierte die große Zahl der weißen und ungültigen Stimmzettel als Äußerung von Bürgern, „die sich durch niemanden vertreten fühlen“. Daher müsse die „Qualität der Politik“ verbessert werden.

„Die Gründe, wegen derer man mich zum Präsidenten gewählt hat, haben sich jedoch nicht geändert“, gab sich der Präsident trotz der Wahlschlappe vom Vertrauen der Bürger überzeugt. „Es ist an uns, das Land zu sanieren. Wir haben den Weg zu einer starken und unabhängigen Nation gewählt und wollen uns weder in Irrungen noch in Egoismus verlieren.“ Das Wahlergebnis mache jedoch die Regierbarkeit künftig von den Gouverneuren und Parlamentariern des PJ abhängig. Regierungssprecher Juan Pablo Baylac erklärte, mit den Äußerungen habe der Präsident die weitere Gültigkeit der Wirtschaftspolitik, des Null-Defizit-Plans und der Konvertibilität bekräftigt.

rungsbemühungen vor dem Hintergrund der argentinischen Amnestiegesetze immer skeptisch beurteilt worden. Der deutsche Bundesgerichtshof hatte Nürnberg für die Ermittlungen zuständig erklärt. Suárez Mason befindet sich bereits seit etwa zwei Jahren wegen des Verdachts des Kindesraubs zur Zeit der Militärdiktatur in Hausarrest. Wann und ob Suárez Mason in eine Haftanstalt gebracht wird, ist daher unklar. Generell wird Beschuldigten über 70 Jahren mit Rücksicht auf ihr Alter eine Haftzelle erspart.

Die deutsche Staatsanwaltschaft hat nun maximal 40 Tage Zeit, um ihre Anklage bei der argentinischen Regierung mit Beweismaterial zu untermauern. Nürnberg stützt sich hauptsächlich

auf Zeugen-Aussagen von Bekannten der Getöteten. Demnach wurde Käsemann in der Nacht vom 8. auf den 9. März 1977 von Sicherheitskräften entführt, im Mai in das Gefangenenlager „El Vesubio“ gebracht und in der Nacht vom 23. auf den 24. Mai ermordet.

Insgesamt ermittelt Nürnberg gegen 63 frühere Militärs und einen Ex-Manager von Mercedes-Benz in Argentinien. Es geht dabei um 18 mutmaßliche Mordfälle und eine Entführung während der Zeit der letzten Militärdiktatur. Die meisten Opfer waren in Argentinien lebende Deutsche oder Deutschstämmige, die wegen ihrer Kritik an der Junta oder ihrer Mitarbeit in Menschenrechtsgruppen aufgefallen waren.

(dpa/AT)

AUSFLÜGE UND REISEN

Informationszentren für den Fremdenverkehr

In der Bundeshauptstadt funktionieren nicht weniger als acht Informationszentren, bei denen sich der Reisende an kompetenter Stelle Auskunft über Besuchsmöglichkeiten und Veranstaltungen holen kann. Oft liegen diese Büros sogar nahe dem täglichen Weg zur Arbeit, nur weiss man es nicht. Das Staatssekretariat für Fremdenverkehr Sectur betreibt solche Auskunftsstellen sowohl in der Suipacha 1111, 20. Stock, und zwar täglich von 6 bis 24, (Gratisrufnummer 0-800-333-82667), ferner in der Santa Fe 883, sowie in Ezeiza und Aeroparque. Die Stadtverwaltung von Buenos Aires ihrerseits hat einen Kiosk in der Florida Ecke Diagonal Norte, in El Caminito, Pedro de Mendoza 1851 (La Boca), im Omnibusbahnhof Retiro sowie in Puerto Madero, Avenida Alicia Moreau de Justo Höhe 200. Desgleichen kann man sich über Estancias und Pulperías in der Casa de la Provincia de Buenos Aires, Callao 237 informieren, Fernruf 4371-7045, womit man über sämtliche Möglichkeiten im Bilde ist, die sich dem Reisenden in und um Buenos Aires eröffnen. An vielen Stellen erhält man zudem, zumindest anfangs des Monats, eine ausführliche, illustrierte Informationsbroschüre. Beispielsweise dürfte kaum jemandem bekannt sein, dass man nicht nur mit der Pferdedroschke durch Palermo spazieren fahren kann, sondern auch mit motorisierten Oldtimern, sei es ein 38er Ford oder ein 1930er Hupmobile Double Phaeton, perfekt in Schuss gehalten und exklusiv. Fernruf diesbezüglich 4568-2721 bzw. E-Mail www.hupmobile30@yahoo.com.

Abenteuertourismus

Früher war mehr oder weniger jede Reise mit dem Auto auf den einsamen, schlechten Strassen des Landesinneren ein kleines Abenteuer. Heute ist dem normalerweise nicht mehr ganz so. Doch gerade deshalb suchen viele Leute das nicht voll abwägbare Erlebnis. Die Frühlingszeit - also jetzt - ist für solche Abenteuerreisen im Nordwesten die ideale Saison: nicht mehr so kalt, aber auch noch nicht so heiss, und regnet tut es auch noch nicht. In La Rioja bietet das Unternehmen „Corona del Inca“ solche ungewöhnlichen Ausflüge: nach Talampaya (ein Tag, 77 Pesos pro Person), zur alten Goldmine La Mejicana am Famatina (ein Tag, 107 Pesos) und zur sagenumwobenen Laguna Brava am Fuss der Riesenvulkane Bonete und Veladero (drei Tage, zwei Nächte [im Hotel], 207 Pesos). Das grösste Abenteuer im Angebot aber ist ein Besuch des Riesenkraters Corona del Inca in 5.000 Meter Höhe am Fuss des Pissis-Massivs, den man allerdings nur mit zwei gut ausgerüsteten Geländewagen und in Begleitung erfahrener Führer erreichen kann (drei Tage, zwei Nächte, Minimum fünf Personen, 347 Pesos pro Kopf). Auskunft über diese und weitere interessante Programme erhält man telefonisch unter (03822) 435329.



Der Kratersee „Corona del Inca“ in über 5000 Meter Höhe.

„El Che“ nur vorübergehend in Buenos Aires

Projekt im Zoo von Buenos Aires bewahrt den Condor vor dem Aussterben

Von Klaus Schirmer

Um ihn ranken sich Legenden. In Sagen und Erzählungen rund um die andinische Gebirgskette bezichtigt man ihn des Überfalls auf häusliche Nutztiere. Im Flug soll er sich den Jungtieren annähern und ihnen mit seinem spitzen Schnabel den Nacken aufreißen. „Das ist reiner Unsinn“, erklärt Matías Muñoz und weist auf die Füße des



Latexpuppen geben dem elternlosen Condor-Baby bei der Geburt im Brutkasten entscheidende Hilfestellung.

Condors, die sich nicht zum Greifen lebender Tiere eignen. Er ernährt sich vielmehr von Aas. Und dennoch, sein Mythos als Raubvogel hielt sich und wurde dem größten fliegenden Vogel der Welt in weiten Teilen Amerikas zum Verhängnis. Nach jahrhundertelanger Jagd ist er, nachdem Überlandleitungen und das menschliche Eindringen in seinen Lebensraum das ihrige dazu beigetragen haben, vom Aussterben bedroht.

1972 schenkte Salvador Allende seinem sozialistischen Genossen Fidel Castro als Ausdruck der Freundschaft und Völkerverständigung ein den Kontinent verbindendes Condor-Paar. Aus dem gefiederten Geschenk ist inzwischen ein Ei hervorgegangen, das im März 2000 in der Condor-Aufzuchtstation in Buenos Aires eintraf. In Havanna erfuhr man von dem seit 1991 existierenden Projekt einer naturgetreuen Aufzucht von Condor-Babys und erinnerte sich an das kubanisch-argentinische Band aus alten Revolutionstagen. „El Che“ wurde noch in Eiform nach Buenos Aires geschickt. Hier wuselt er nun, von der Öffentlichkeit vollkommen abgeschirmt und einzig über verspiegeltes Glas von den Betreuern zu beobachten, in einem seinem natürlichen Lebensumfeld nachgebauten Gehege herum. Im Kontakt mit den Artgenossen bereitet er sich mitten in Buenos Aires auf sein späteres Leben in freier Natur vor, zu der die Anden vom Süden Argentiniens und Chiles bis nach Venezuela zählen wie auch die Bergketten der Provinzen Córdoba und San Luis. Die steilen Felswände dienen ihm dabei als Wohn- und Brutstätte.

Der Condor kommt in der Regel auf ein stattliches Alter von 60 bis 70 Jahren, ist monogam und bringt aus seiner lebenslangen Ehe alle zwei Jahre ein einzelnes Ei hervor. Das Projekt zur Erhaltung des andinischen Condors im Zoo von Buenos Aires versucht nun die Geburtenrate zu erhöhen, indem man direkt nach der Geburt das Ei von dem Weibchen entfernt und es somit veranlasst, in den darauf folgenden vier Wochen noch eins zu legen, das dann unter den warmen Federn des Condor-Paars zur Welt kommt. Das erste Ei dagegen wird auf künstlichem Wege ausgebrütet. Während die leiblichen Eltern den hilflosen Nachwuchs beim nicht unkomplizierten Entschlüpfen aus der Schale tatkräftig unterstützen, geben zwei Latexpuppen dem elternlosen Baby bei der Geburt im Brutkasten entscheidende Hilfestellung. Der Maskenbildner des San Martín-Theaters stellte naturgetreue Condorköpfe her, ein Weibchen und ein Männchen. Es handele sich bei diesen Puppen aber nicht nur um eine bloße Maskerade, betont Matías, einer der zahlreichen Freiwilligen des Projekts. „Die ersten Eindrücke nach der Geburt prägen sich dem Jungen für immer ein. Sieht er also Menschen, hält er die für seine Eltern bzw. Artgenossen.“ Daher die strenge Isolation. Zu keinem Zeitpunkt der wichtigen Entwicklungsphase soll der junge Condor in Kontakt mit dem Menschen kommen. Denn in freier Wildbahn muss er unabhängig von ihm bestehen, seine Artgenossen als seinesgleichen erkennen und von Anfang an die Umgangsformen wie Nahrungsaufnahme und Körperreinigung über Beobachtung erlernen, „sonst hat er ver-loren“.

Wie man herausgefunden hat, geht es im Haushalt einer Condor-Familie sehr emanzipiert zu. Das Männchen ist aktiv in die Erziehung des Kleinen eingebunden, übernimmt Arbeiten im Haushalt und sorgt beileibe nicht nur für die Futterbeschaffung. Sechs Monate dauert es,

bis ein Condor mit drei Metern Flügelweite, einem Gewicht von 12 Kilogramm und einer Größe bis zu 1,20 Meter ausgewachsen ist. Von da an wechselt nur noch die Farbe des Federkleides von braun über grau zu schwarz, das dem erwachsenen Condor zusätzlich noch einen weißen Halsschmuck beschert. Der Jungvogel bleibt aber noch bis zum Alter von 18 Monaten in der Obhut seiner Eltern. Nach acht Jahren ist er zeugungsfähig. „Ein relativ langer Wachstumsprozess“, gibt Matías zu verstehen.

Nach eineinhalb Jahren Aufzucht in Isolation und regem Kontakt mit den Artgenossen, startet man den ersten Versuch in freier Natur. Insgesamt 22 Jungcondore werden es bis zum Ende dieses Jahres sein, die man auf diese Weise an das Leben in der Wildnis heranführte. 1997 wurden die ersten fünf Condore zunächst für zwei Monate im Valle Encantado, in der Provinz Río Negro, in einer speziell erstellten Plattform ausgesetzt, die dem Projekt mit Hilfe von technisch hochentwickelten Geräten eine sehr genaue Beobachtung der Tiere ermöglicht. Kurze Zeit später, nachdem die ersten Ergebnisse erfolgreich die Anpassungsfähigkeit der Jungvögel an die Umgebung demonstrierten, wurden sie, mit Microchips und winzigen Funksendern versehen, zu ihren ersten zaghaften Flugversuchen für immer in die Freiheit entlassen.



Über argentinisches Territorium sollen schätzungsweise noch 200 Condore fliegen.

Dank der Satellitentechnik, die dem Projekt kostenlos Informationen und Bildmaterial von der NASA per Internet liefert, gelangt man zu einzigartigen, bisher gänzlich unbekanntem Erkenntnissen: „Mit weniger als zwei Jahren Flug Erfahrung hat der junge Condor eine Fläche von 60.000 Quadratkilometern überflogen, die sich über die Provinzen Neuquén, Río Negro und Chubut erstreckt“, berichtet Matías. Der Condor gilt als ein ausgesprochener Gleitkünstler. Während seines majestätisch anmutenden Fluges lässt sich der König der andinischen Lüfte in erster Linie von thermischen Strömungen treiben.

Über argentinisches Territorium sollen schätzungsweise noch 200 Condore fliegen. Auch wenn die Situation in Kolumbien, Venezuela und in Kalifornien weitaus dramatischer ist, wo der Condor praktisch verschwunden ist, ist die vergleichsweise hohe Zahl in Argentinien kein Grund zur Beruhigung für Luis Jácome, den Leiter des Projektes: „Wir wollen es hier erst gar nicht so weit kommen lassen.“ Die in jüngster Vergangenheit geknüpften Kontakte zu Projekten in Chile, Venezuela und Kolumbien spielen im übernationalen Projekt zur Bewahrung des andinischen Condors eine wichtige Rolle.

Neben der Arbeit in der Aufzuchtstation, der Auswertung der Satellitenbilder und dem Informationsprogramm im Zoo selbst, sind die vielen Freiwilligen, unter ihnen mehrere Biologiestudenten, mit Aufklärungsarbeit betraut. Sie gehen in Schulen, fahren in die Provinzen und informieren die Bevölkerung über den Condor und dessen wahre Speisekarte. Dabei treffen sie auf durchaus Erstaunliches. Als man in einer Schule, die an ein Elendsviertel in La Boca angrenzt, den Condor vorstellte, entwickelte sich von Seiten der Schüler ein riesiges Interesse und Engagement, das sie soweit brachte, selbst Teil der Informationskampagne zu werden und auf diese Weise ihren Beitrag zum Schutz dieses einzigartigen Vogels beizusteuern. „Diese Kinder, die kaum das Nötigste zum Leben haben, geben sich mit ihrem Einsatz für den Condor selbst eine Zukunft“, zitiert Jácome eine in der dortigen Schule arbeitende Sozialpädagogin. Indem sie den Condor zu retten helfen, retten sie sich selbst. Quasi im Flug.

(Fundación Bioandina Argentina, República de la India 3000, (1425) Buenos Aires, Tel.: 54-11-4808-0163)

Mehr als nur Tango

Deutsche Spanischlehrer bildeten sich in Argentinien weiter

Tangoshows nach bonaerenser Tradition und eine wachsende Zahl an Tangoschulen: Der Tango wird derzeit in Deutschland immer beliebter und prägt als populärster argentinischer Export seit jeher das Bild der Deutschen von diesem Land. Dass Argentinien aber noch wesentlich mehr zu bieten hat, davon konnten sich jetzt 20 deutsche Spanischlehrer auf einer 14-tägigen Weiterbildungsreise vor Ort überzeugen. Ziel der Reise war es, sich mit der argentinischen Realität vertraut zu machen und sich diesbezüglich auf den allerneuesten Stand zu bringen. Daher standen auf dem dichtgedrängten Programm nicht nur Themen touristischer Art, wie Tango und der Gaucho-Mythos, sondern Entwicklungen und Problematiken aus den verschiedensten Bereichen. So besuchten die Lehrer etwa die Pestalozzi-Schule, um mehr über die historischen Bindungen zwischen Deutschland und Argentinien zu erfahren. Auch literarische und linguistische Aspekte wurden thematisiert, ebenso wie politische und soziale Probleme des heutigen Argentiniens wie Menschenrechtsfragen oder das AMIA-Attentat. Schließlich durfte dann aber doch ein Besuch des Grabes von Carlos Gardel nicht fehlen, wo man zu Ehren des grossen Tangosängers eine Plakette anbrachte.

Grossen Eindruck hinterliessen bei den 20 Teilnehmern zwischen 25 und 65 Jahren aus Bremen, Niedersachsen, Hessen und Nordrhein-Westfalen vor allem die allgegenwärtige Freundlichkeit und das Entgegenkommen der Argentinier. Für viele der Lehrer war es



Krönender Abschluss des Aufenthalts der 20 deutschen Spanischlehrer in Argentinien war ein Besuch am Grab des Tangomeisters Gardel, dem die Besucher mit dem Anbringen einer Plakette gedachten.

die erste Reise nach Lateinamerika, auf der sie persönliche Eindrücke und Material für ihren Unterricht sammeln konnten. Be-

sonders für die Älteren unter ihnen sei eine solche Reise eine ausgezeichnete Gelegenheit, das persönliche Argentinienbild zu über-

prüfen, so die stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Spanischlehrerverbands, Ursula Vences. Im vergangenen Jahr habe man bereits eine ähnliche Reise nach Kuba unternommen, ebenfalls mit Erfolg. Eine solche Veranstaltung regelmässig durchzuführen sei aber leider aufgrund der fehlenden Mittel und des organisatorischen Aufwandes nicht möglich. So sei die diesjährige Reise vor allem dem ehrenamtlichen Engagement des Vorsitzenden des Bremer Landesverbandes, Rainer Kornberger, zu verdanken, der die gesamte Organisation und Durchführung übernommen hatte.

Der Deutsche Spanischlehrerverband ist ein Zusammenschluss von rund 2500 Spanischlehrern aus Deutschland, Österreich und der Schweiz; die Mehrheit der Lehrer unterrichtet an deutschen Gymnasien. Das Spanische erfreut sich dort zunehmender Beliebtheit, in den Sekundarschulen wird die Fremdsprache bereits öfter gewählt als Französisch.

SHU

TABELLE

Copa Mercosur

Letzte Vorrundenspiele

Nacional (Uru) - San Lorenzo 0:0, River Plate - Universidad de Chile 3:0, Vélez - San Pablo (Bra) 4:2, Peñarol (Uru) - Talleres 1:3, Independiente - Colo Colo (Chi) 2:0, Boca Juniors - Universidad Católica (Chi) 3:2.

Im Viertelfinale: Talleres, Indpte. und San Lorenzo.



ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Jahreszinssätze der wichtigsten Banken für Frsteinlagen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche für Pesos zwischen 5,65% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 5,5%.

Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 7,8% auf 251,06, der Burcapindex um 4,2% auf 547,90 und der Börsenindex um 3,5% auf 11.551,04.

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) fiel in der Berichtswoche um 2,8% auf \$ 0,6350.

Der ZB-Dollarkurs für Aussenhandelsgeschäfte betrug am Donnerstag \$ 1,0484.

Die Gold-, Devisen- und Anlagenreserven der ZB betragen am 12.10.01 \$ 19,49 Mrd., der Banknotenlauf \$ 11,25 Mrd. Eine Woche zuvor waren es \$ 20,24 Mrd. bzw. \$ 11,57 Mrd., einen Monat zuvor \$ 18,82 Mrd. bzw. \$ 11,57 Mrd. und ein Jahr zuvor \$ 25,50 Mrd. bzw. \$ 14,07 Mrd.

Zu den verschiedenen Unternehmen, die in argentinischen Häfen Anlagen für die Bedienung und Abfertigung der Fahrgäste von Luxus-Kreuzfahrten bauen wollen, kommt die Hafenverwaltung von Genua mit einem US\$ 60 Mio.-Investitionsvorschlag für Mar del Plata. Der Jahresumsatz des Vorhabens soll US\$ 30 Mio. erreichen.

Nach Verhandlungen die seit rd. einem Jahr laufen, soll der von Alstom, Renfe (Spanien) und SNCF (Frankreich) vorgelegte Plan einer Eilzugverbindung zwischen Buenos Aires und Rosario spruchreif werden. Die Gruppe will das Projekt durchführen, das die beiden Städte in 3 Stunden verbinden wird.

Die AUT-Molkereigenossenschaft, die die Marke Milkaut besitzt, hat ihre Käsefabrik in Reconquista, Provinz Santa Fe, geschlossen. Wie Direktor Zambón erklärte, erfolgt die Schliessung aus Kostengründen. Dem Personal werden ähnliche Arbeiten in der Käsefabrik in der Provinz San Luis geboten. Milkaut betreibt 5 Fabriken in Argentinien und 2 in Brasilien.

Die Rinderschlachtungen sind in den ersten 9 Monaten 01 im Vorjahresvergleich um 7,9% zurückgegangen. Im August waren die Fleischausfuhren, die geringsten in den letzten 11 Jahren. Ochsen wurden in den ersten 8 Monaten um 15,8% weniger als im Vorjahr geschlachtet. Ihr Anteil an den Gesamtschlachtungen fiel auf den niedrigsten Stand der letzten 12 Jahre: 30,4%. Im August wurden 210.500 t verarbeitetes Rindfleisch mit Knochen ausgeführt, um 5,9% weniger und in den ersten 8 Monaten um 7,5% weni-

ger als vor einem Jahr.

Durch Beschluss 110 des Amtes für öffentliche Einnahmen, AFIP, (Amtsblatt vom 1.10.01) wurde die Liste der Waren bekanntgegeben, für die provisorische Referenzpreise beim Import festgesetzt worden sind, gemäss Ermächtigung nach Paragraph 7 des Dekretes 618/97. Liegt der Importpreis unter diesem Referenzpreis, muss eine Garantie für die Zölle und Steuereinbehaltungen auf die Differenz hinterlegt werden. Der Fall wird dann einer besonderen Untersuchung unterstellt. Im Prinzip gilt nach wie vor die internationale Norm, dass der Fakturawert gültig ist und das Zollamt den Gegenbeweis liefern muss. Die Liste umfasst 80 Seiten des Amtsblattes.

Das von der Deputiertenkammer schon genehmigte Gesetzesprojekt über die „digitale Unterschrift“ steht kurz vor der Verabschiedung durch den Senat. Die zuständigen Kommissionen haben es schon ohne Änderungen gutgeheissen. Es geht darum, dass eine kodifizierte Unterschrift, die per Internet übertragen wird und bei einer zuständigen Amtsstelle eingetragen ist, die gleiche Gültigkeit wie eine Handunterschrift hat. Das gestattet, Verträge per e-mail abzuschliessen und allerlei Handlungen, die einer Unterschrift benötigen, auf diesem Weg zu erledigen. Besonders die Abfertigung von Aufträgen an Banken über Internet (e-banking) wird dadurch möglich gemacht. Das Amt des Kabinettschefs hat eine Frist von 90 Tagen, um das Gesetz zu reglementieren. Die digitale Unterschrift ist eigentlich sicherer als die Handunterschrift, die leicht gefälscht werden kann.

Die AFIP hat einen neuen Betrugsfall bei Brennstoffen aufgedeckt. Die Steuerhinterziehung wird hier gemäss einer Studie des Fachmannes Juan Carlos Colombetti auf \$ 300 Mio. jährlich geschätzt, wobei die AFIP selber vor einigen Jahren den Betrag von \$ 600 Mio. genannt hatte. Juan Carlos Muñiz, Geschäftsführer der Firma Blevy, die sich mit dem Import und Vertrieb von Brennstoffen befasst, wurde angeklagt und verhaftet. Die Firma hatte ein Erdölderivat eingeführt, das für die Erzeugung von Lösungsmitteln verwendet werden sollte, so dass keine Brennstoffsteuer entrichtet werden musste. Blevy hatte jedoch nur ein Büro mit zwei Angestellten, so dass die Firma nicht in der Lage war, die 8 Mio. importierten Liter zu verarbeiten. Das Produkt, das ein Benzin mit niedriger Oktanzahl ist, wurde somit verkauft und dem Benzin beigemischt. Dabei wurden \$ 4,17 Mio. an Steuern hinterzogen. Die angeblichen Käufer der Produktion von Blevy entpuppten sich als falsch. Dieser Fall hat die Befreiung der Lösungsmittel von der Brennstoffsteuer erneut in Frage gestellt. Rationeller wäre die

Rückerstattung der Steuer bei industrieller Verwendung des Produktes.

Die Provinz Neuquén hat den Betrieb des Flughafens der Provinzhauptstadt dem Konsortium Aeropuertos del Neuquén zugeschlagen. Es wurde von dem Bauunternehmen Rivas, Servicios Aéreos Sudamericanos, America Lodging, Unitec Agro und Compañía de Servicios Aeroportuarios gebildet. Der Konzessionär wird die Anlagen von 3.500 auf 7.500 qm erweitern um ihre Passagier- und Frachtkapazität den für 2015 erwarteten 900.000 Fluggästen im Jahr anzupassen. Dazu gehört auch die Erweiterung der Kontrollanlagen, Funkverbindungen und der Pkw-Parkplätze. Beim Zuschlag soll auch mit Lapa ein Abkommen über Dienstleistungstransportationen unterzeichnet werden. Im Konsortium ist auch die Eurnekiangruppe, Inhaberin von Aeropuertos Argentinos 2000 und Lapa, vertreten.

Das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) hat verfügt, dass die Zahlung von Steuerpflichtigkeiten mittels automatischer Kontenbelastungen ab der am 22.10.01 fälligen Steuerraten wieder zulässig ist. Bei Zahlungsverzögerungen eingetragene Steuerpflichtige, die mit öffentlichen Schuldscheinen bezahlen wollen, müssen das der Bank einen Tag vorher mitteilen, damit diese das Konto nicht automatisch belastet. Vor 2 Monaten wurden die automatischen Belastungen durch eine wenig verbreitete Verfügung abgeschafft, was Zahlungsverzögerungen verursachte. Auch wurde mit dem allgemeinen Beschluss Nr. 1.112 der Vorgang für Steuerzahlungen mit Patacon-Bonds festgelegt. Diese Bonds können nicht für die Zahlung von Sozialabgaben, Einbehaltener Verpflichtungen Dritter, Arbeitsrisikoversicherungen und der Schecksteuer verwendet werden.

Die Zitruswirtschaft Tucumans erwartet von Chinas WHO-Eintritt die Öffnung dieses Zitronenmarktes für 2002. China hatte sich verpflichtet, für die Unterstützung Argentinien in der WHO, seinen Markt für gewisse argentinische Erzeugnisse, darunter Molkereiprodukte und Zitrusfrüchte, zugänglich zu machen.

Die spanische SEPI, bisher Hauptanteilseignerin von Aerolíneas Argentinas, hat mit der aus Marsans, Spanair und Air Plus ge-

bildeten Air Comet, die Verkaufskunde des Flugunternehmens unterzeichnet.

Durch Beschluss Nr. 2.727 des Arbeitsministeriums der Provinz Buenos Aires wurden Arbeitnehmer von Dienstleistern des IOMA-Gesundheitsdienstes, Gesundheitsministeriums, der Gewerkschaften, Sozialversicherungen auf Gegenseitigkeit, Staatsbeamten und Privatdozenten zu Primärinhabern von Pataconesbonds erklärt. Damit werden sie den rd. 350.000 Beamten und 100.000 Rentnern der Provinzverwaltung gleichgestellt, deren Entgelt über \$ 740 im Monat in Pataconesbonds bezahlt wird.

Alpargatas hat den Betrieb ihrer Textilfabrik in Sumalao, Provinz Catamarca, wieder aufgenommen. Sie war vor 10 Monaten stillgelegt worden.

Das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) wird die Liste der grossen Steuerzahler vor Jahresende von 1.200 auf 2.000 erhöhen. Gleichzeitig erklärte der neue Steuerdirektor H. Rodriguez Larreta, dass kein neues Moratorium vorgesehen sei. Die 1.200 Firmen der Liste unterstehen strengeren Kontrollen und zahlen 60% des gesamten Steueraufkommens. Das strengere Kontrollsystem wird damit auf mehr Unternehmen ausgedehnt.

Die ständigen Regenfälle haben die Landwirtschaft der Provinz Buenos Aires bisher um \$ 300 Mio. geschädigt, wie die zuständige Behörde bekanntgab. Mehr als 3,5 Mio. ha Anbaufläche stünden unter Wasser. Dazu komme die Unmöglichkeit, mit der Aussaat der Grobernte zu beginnen. Die Provinz bestreitet über 50% der Getreide- und Ölsaatzproduktion des Landes.

Der Index der Beraterfirma Ferreres gibt für September eine Verringerung der allgemeinen Wirtschaftstätigkeit auf Jahresbasis von 4,9% bekannt. Im Vormonatsvergleich wird saisonbereinigt eine Zunahme von 0,3% angegeben. Der Vorjahresvergleich des 3. Quartals ergibt, ebenfalls auf Jahresbasis, eine Abnahme von 3,5%, für das Jahr bis einschliesslich September um 1,8% weniger, so dass für das ganze Jahr 01 mit einer Abnahme von 2% gerechnet wird. Die grössten Verringerungen



www.multimedia.com.ar

O'Higgins 4380 - CP 1429 - Buenos Aires - República Argentina
Tel/Fax: (54-11)4704-0977 - info@multimedia.com.ar

wurden im Bauwesen und bei den Finanzdienstleistungen mit je 10% angegeben.

Der Paraguayer C. Avila, Gründer von TyC (Torneos y Competencias) und Inhaber von América TV (Kanal 2), hat seine Gläubiger einberufen. Das bedeute eine Umschuldung von mindestens US\$ 50 Mio., während ein neuer Kapitalgeber gesucht wird. Darüber hinaus schulde er dem US-Unternehmen Liberty Media US\$ 70 Mio., die er als Darlehen aufnahm, um vor rd. 1 1/2 Jahren den Kaufpreis von US\$ 150 Mio. für América TV bezahlen zu können. Ursprünglich sollte Liberty Media als Partner einsteigen, was jedoch nicht umgesetzt wurde.

Das US-Software-Unternehmen für e-commerce, Ariba, hat rd. ein halbes Jahr nach Beginn seiner Tätigkeit in Argentinien die hiesige Niederlassung geschlossen. Im Vorjahr hatte Ariba weltweit US\$ 279 Mio. umgesetzt und wollte 01 auf US\$ 550 Mio. kommen. In Lateinamerika konnte Ariba insgesamt US\$ 45 Mio. umsetzen.

H. Fargosi, von der Anwaltskanzlei Fargosi & Asociados, hat P. Zavalía Lagos nach dessen zweijähriger Tätigkeit als Präsident von Aerolíneas Argentinas abgelöst. Amtsführender Vizepräsident wurde der Spanier Antonio Mata, der auch Präsident des Air Comet Konsortiums ist. Der Vorstand wurde mit dem Argentinier L. Lúpori, Präsident der Air Plus Argentina, ergänzt.

Der Rückgang der Kfz-Neuzulassungen um 41,5% in diesem Jahr hat die Stammhäuser der hier niedergelassenen Kfz-Fabriken gezwungen, denselben insgesamt US\$ 640 Mio. aus dem Ausland zu überweisen. Damit wurden Verluste wettgemacht und die Weiterführung der Unternehmen ermöglicht.

Den Kfz-Behörden zufolge wurden im September 14.158 Kfz neu zugelassen. Das war die niedrigste Zahl in einem Monat der letzten 10 Jahre und um 16% weniger als im äusserst schwachen Vormonat. Damit gab es 2001 bisher 167.112 Neuzulassungen, das sind im Monatsdurchschnitt 18.568, um 36,8% weniger als der gleiche Durchschnitt des Vorjahres. 1994 bis 1998 wurden monatlich 35.000 bis 40.000 Neuwagen angemeldet, im Rekordjahr 1994 sogar 42.400 im Monat. Der Umsatzeinbruch ergibt sich trotz des 20%igen Preisverfalls der Neuwagen seit Jahresbeginn. Ende 2000 betrug der Durchschnittspreis eines Neuwagens US\$ 21.070. Heute beträgt er US\$ 16.864.

Die Banco de la Nación hat begonnen, die neuen Lecop-Bonds an die Provinzen zu überweisen. Jujuy habe bereits Lecop für \$ 6 Mio. erhalten, die restlichen Provinzen könnten mit ihnen in den nächsten Tagen rech-

nen. Bis jetzt wurden nur \$ 50-Bonds für \$ 42 Mio. gedruckt, die ersten \$ 10-Bonds sollen vom Münzamt in Kürze geliefert werden. Insgesamt sollen Lecop für 1,3 Mrd. in Umlauf kommen und alle anderen Provinzbonds ersetzen. Der Betrag entspricht den kompletten Lohn- und Gehaltszahlungen aller Provinzen in einem Monat. Die Provinzen erhalten die Bonds im Verhältnis zu ihren Belegschaftständen. Mit ihnen können Nationalsteuern bezahlt werden.

Die Steuereingänge der Provinz Córdoba sind im September im Vormonatsvergleich um 10,5% zurückgegangen. Besonders die Zahlungen für Bruttoeinnahmen (Umsätze) und Immobilien sind stark geschrumpft. Die Gesamteinnahmen aus Provinzsteuern betragen \$ 68,15 Mio., um 0,5% weniger als im August.

Landwirtschaftssekretär Regúnaga erklärte sich überzeugt, dass die technische EU-Mission, die im kommenden Monat erwartet wird, ebenso flott arbeiten wird wie in Uruguay, damit die argentinischen Fleischlieferungen, ebenso wie die des Nachbarlandes, in Kürze wieder aufgenommen werden können. In den ersten Dezembertagen werde ein günstiges Gutachten in der Maul- und Klauenseuchefrage erwartet.

Trotz der durch die anhaltenden Regenfälle verursachten schweren Überschwemmungen in den fruchtbarsten Gebieten des Landes, sind die Behörden von einer Rekorderte im laufenden Erntejahr überzeugt. Unterstaatssekretär für Landwirtschaft G. Oliverio rechnet weiter mit einer Rekorderte von rd. 71 Mio. t, die der Landwirtschaft ein zusätzliches Einkommen von US\$ 1,5 Mrd. bringen werde.

Das gesamte Prämienaufkommen der lokalen Versicherungsanstalten lag im August mit \$ 593,8 Mio. um 2,2% über dem gleichen Vorjahresmonat, aber um 1,6% unter dem Vormonat. \$ 367,2 Mio. entfielen auf Schadensversicherungen (Kfz, Immobilien u.a.), \$ 160,3 Mio. auf Lebensversicherungen und \$ 66,3 Mio. auf Ruhestandsversicherungen. In 12 Monaten betrug das Prämienaufkommen \$ 6,92 Mrd., um 3,9% mehr als in den vorangehenden 12 Monaten.

Der Spitzenverband der Industrie, die „Unión Industrial Argentina“, hat in einer bezahlten Anzeige die Einführung eines Systems der automatischen Zölle und Rückvergütungen beim Handel mit Brasilien gefordert, so dass die „reale“ Abwertung der brasilianischen Währung ausgeglichen wird. Seit Dezember 1998 sei der Real gegenüber dem Peso um 105% abgewertet worden (von 1,20 auf 2,47 Real pro Peso), während die Einzelhandelspreise in Brasilien nur um 20% gestiegen sind, woraus sich eine reale Abwertung von 71% ergibt. Unter diesen Umständen

Rückgang der Industrieproduktion

Das Statistikamt Indec hat seinen EMI (Estimador Mensual Industrial) benannten Industrieindex für September 01 bekannt gegeben. Die Industrieproduktion lag demnach um 8,2% unter jener des gleichen Vorjahresmonates. Die der ersten 9 Monate um 3,8% unter jener des gleichen Vorjahres-Vergleichszeitraumes. Saisonbereinigt sei das die niedrigste Indexzahl seit der Schaffung des EMI-Index im Jahr 1991. Sie ist sogar geringer als die der Industrieproduktion während der Tequilakrise 1995. In Zahlen betrug der EMI-Index im September 92,16 gegen 95,4 im Februar 1994 und 96,6 im April 1995.

Nach Quartalen im Vorjahresvergleich fiel der EMI-Index im ersten Quartal dieses Jahres um 3,8%, im zweiten um 1,2% und im dritten um 6,1%. Neun der befragten 11 Industriebranchen meldeten gegenüber dem Vorjahr Produktionsrückgänge von zwischen 3,6% und 48,2%. Nur Erdölraffinerie gab plus 5,9% und Chemikalien plus 1,6% an.

Die stärksten Rückgänge gab die Kfz-Industrie bekannt, die im September um 48,2% weniger gefertigt hat als im gleichen Vorjahresmonat. Ihr Vergleich der ersten 9 Monate des Jahres ergab ein Minus von 24,4%.

Nichtmetallische Mineralien verzeichneten 22,4% Rückgang. Unter den von der Produktionsschrumpfung am meisten betroffenen Branchen befinden sich auch Textilien mit minus 20,9%, metallverarbeitende Industrien minus 18,7%, Kautschuk und Kunststoffe minus 16,9%, Papier und Karton minus 11,2%, Grundmetalle minus 10,6%, Nahrungsmittel und Getränke minus 5,8% und Tabakwaren minus 3,6%.

sei keine Zollunion möglich. Wenn die makroökonomischen Asymmetrien nicht beseitigt werden, wie es das Abkommen von Asunción vorgesehen hat, müssen sie kompensiert werden. Die argentinische Regierung versuche dem Problem mit Anwendung von Schutzklauseln (salvaguardias) entgegenzukommen, was unzulänglich sei. Diese Klauseln dienen nur für spezifische Einzelfälle.

Seit letztem Monat können die Titel der Provinz Buenos Aires, genannt „Patacón“, auch für die Zahlung nationaler Steuern (Gewinnsteuer, MwSt., vermeintlicher Gewinn und persönliche Güter) verwendet werden. Für sämtliche provinzielle Steuern kann der Patacón ohnehin schon verwendet werden. Ausserdem nehmen die Stromunternehmen der Provinz diese Titel in Zahlung an, Edelap allerdings nur bis zu 60% der Faktura. Ebenso nehmen sie Telefónica, Telecom, Camuzzi, Gas Pampeana und Gasban an. Mehrere Banken nehmen diese Titel ebenfalls entgegen, allerdings nicht für Saldi von Kreditkartenzahlungen. Im Einzelhandel wird der Patacón immer mehr angenommen. Somit wird der Geldcharakter dieses Staatspapiers betont, womit auch ein Disagio verhindert wird, das die Empfänger schädigt.

Durch Dekret 1206/01 (Amtsblatt vom 18.10.01) wurden Amalia Isabel Martínez Christensen und Hugo Nicolás Bruzone zu Direktoren der ZB ernannt. Es fehlt noch die Bestätigung durch den Senat. Ebenfalls hat dieser die Ernennung von Mario Blejer, Felipe Murolo, Roberto Reyna und des PJ-Senators für Formosa, Roberto Branda, noch nicht behandelt.

Nachdem das Gesetz 25.414 und

das Dekret 493 vom 27.4.01 bestimmt haben, dass die Gewinne aus dem Verkauf nicht kotierter Aktien die Gewinnsteuer zahlen, hat die AFIP durch Beschluss 1107 (Amtsblatt vom 18.10.01) diese Normen reglementiert und verfügt, dass Notare und Auktionäre oder diejenigen, die die Aktien erhalten, eine Einbehaltung für diese Steuer von 1,5% des Verkaufswertes vollziehen müssen.

Bis zum 17. Oktober waren von 37 Konkurrenzfähigkeitsprogrammen, die die Regierung mit einzelnen Branchen unterzeichnet hat, 13 noch nicht reglementiert. Auf der Warteliste stehen der Bergbau, Stahl, Metallverarbeitung, Personen- und Frachttransport, Nahrungsmittel, Keramik, Chemie, Bananenproduzenten, Kosmetik, Phonogramme, Rundfunk und Presse. Von insgesamt 26.346 Unternehmen, die den Antrag gestellt haben, in ihr Abkommen eingeschlossen zu werden, wurden 22.867 schon im Amtsblatt veröffentlicht. Es fehlen noch 3.451 Fälle, wobei 18 untersucht werden, weil Zweifel bestehen. Die betroffenen Unternehmen erhalten den Erlass der Steuer auf den vermeintlichen Mindestgewinn und auf die gezahlten Zinsen und dürften den Unternehmerbeitrag von der MwSt. abziehen.

Bei der Verhandlung zwischen dem Wirtschaftsministerium und den Rentenverwaltungsunternehmen (AFJP) geht es im Wesen um die juristische Sicherung gegen eventuelle Klagen von Rentnern, die durch einen Umtausch von Staatspapieren geschädigt würden. Wie verlautet, handelt es sich um eine Ersetzung des variablen Zinssatzes, der gegenwärtig 24% ergibt, durch einen

fixen von 7% jährlich, eventuell 10% im Jahr 2002. Die Differenz soll dem Kapital addiert werden, so dass nächstes Jahr Zinsen für \$ 500 bis \$ 750 Mio. gespart würden. Ursprünglich sollte die Zinssenkung nicht ausgeglichen werden, wobei als Gegenleistung die Garantie der Einnahmen der Girokontensteuer angeboten wurde. Das Wirtschaftsministerium wollte das per Dekret bestimmen, aber die AFJP beharren auf einem Gesetz.

Die Regierung verhandelt mit den Provinzen über eine Senkung des Betrages, der diesen an den Nationalsteuern zukommt, und bietet als Gegenleistung eine Zinssenkung. Die Gesamtverschuldung der Provinzen macht über US\$ 23 Mrd. aus, und die Zinsen gehen bis zu 24%. Die Wirtschaftsführung meint, die Ersparnis durch niedrigere Zinsen könne eine Milliarde jährlich erreichen. Im Juli, August und September haben die Provinzen \$ 524 Mio. weniger erhalten, als ihnen gesetzlich zusteht. Für das 4. Quartal will die Regierung angeblich \$ 1.000 Mio. in bar zahlen und \$ 364 Mio. in Lecop-Staatspapieren, womit der verpflichtete Gesamtbetrag von \$ 1.364 Mio. zusammenkommt. Mit diesen Papieren, die u.a. für die Zahlung provinzieller und nationaler Steuern eingesetzt werden können, können die Provinzen dann einen Teil der Gehälter und der Schulden gegenüber Lieferanten u.a. begleichen.

Die von der Deputierten Elisa „Lilita“ Carrió geleitete Kommission zur Untersuchung der Geldwäsche muss am 9. November ihren endgültigen Bericht vorlegen, da an diesem Datum die Frist von 180 Ta-

gen abläuft, die der Kommission gestellt wurde. Der provisorische Bericht, den Frau Carrió für ihren Wahlfeldzug verwendete, strotzt von falschen Angaben, die zu zahlreichen Klagen vor Gericht geführt haben. Ausserdem bezieht sich der Bericht auf allerlei bekannte Fälle von Unregelmässigkeiten, wie der des Goldschmuggels, weist auf Gaith Pharaons internationale Geschäfte hin, führt die grossen Anwaltskanzleien mit ihren wichtigsten Kunden auf, u.s.w. Über Geldwäsche sagt der Bericht so gut wie gar nichts.

Präsident Fernando de la Rúa, erklärte, eine Dollarisierung sei auf alle Fälle einer Abwertung vorzuziehen. Die Wirtschaft sei ohnehin schon stark dollarisiert, wobei schon eine freiwillige Dollarisierung bestehe, die eine Zwangsdollarisierung unnötig mache. Um was es jedoch geht, ist das auch Löhne und Gehälter, sowie Steuern allgemein in Dollar bezahlt werden können, was gegenwärtig gesetzlich verboten ist.

Die Statistik des Arbeitsministeriums ergibt, dass Privatunternehmen in Buenos Aires, Rosario und Córdoba, sowie deren Umgebungen, ihre Belegschaften im September um 20.000 Personen abgebaut haben. In 9 Monaten 2001 wurden 75.000 Personen entlassen. In den letzten 12 Monaten zum September nahm die Beschäftigung in Buenos Aires um 4% ab, in Rosario um 2,4% und in Córdoba um 4,8% ab. Die Indec-Oktoberumfrage über Arbeitslosigkeit deutet auf etwa 20% hin, gegen 16,4% im Mai.

Das ZB-Direktorium hat ein internes Komitee gebildet, um die Art und Weise der Vergabung von \$ 1,2 Mrd. als Darlehen an Banken zu 3% zu bestimmen, wobei die Banken sich verpflichten müssen, diese Mittel zu niedrigen Zinsen an Unternehmen zu verleihen. Die Mittel stellen den internen Gegenwert des Notkredits ausländischer Banken dar, der seit 1995 stets bereit stand, aber erst vor kurzem ausbezahlt worden ist. Mit dem starken Depositenrückgang der letzten Monate ist die Bedingung gegeben, diesen Kredit effektiv einzusetzen. Der Depositenverlust, der in diesem Jahr \$ 12 Mrd. übersteigt, wird allerdings nur geringfügig gemildert.

Der Index der Industrieproduktion der Unternehmenseinheit UADE ergibt für September einen Rückgang von 7,6% gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat und von 5% gegenüber dem Vormonat.

Die Eisen- und Stahlproduktion erreichte im September folgende Zahlen in 1.000 t: Roheisen 197,7, -9,2% gegenüber dem Vormonat und -36,4% gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat, in den ersten 9 Monaten 01 2.472, -7,4% gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum und in den letzten 12 Monaten 3.408,2, -3,2% gegenüber den vorangehenden 12 Monaten. Davon Gusseisen 144,8 (+55,7%, -22,2%, 1.469,4, -9,3%, 2.034,1, -4,9%) und Schwammeisen 53,1 (-57,5%, -57,5%, 1.002,6, -4,4%, 1.374,0, -0,7%). Rohstahl 349,9 (+26,9%, -14,1%, 3.176,3, -2,6%, 4.390,2, +1,6%).

In der Frage des für Argentinien ungünstigen Urteils des Mercosur-Schiedsgerichtes über die Einfuhr von Fahrrädern aus Uruguay unter Mercosur-Begünstigungen hat das Industriesekretariat Erklärungen dieser Behörde gefordert. Es geht, nach Angaben heimischer Industrieller, um nicht in Uruguay erzeugte, sondern nur dort aus chinesischen und taiwanesischen Teilen zusammengebaute Fahrräder, die von der Firma Motociclo hier um \$ 11 unter den Referenzpreisen angeboten werden. Das Industriesekretariat fordert auch Erklärungen über die Ursprungskriterien, die in Zukunft für Einfuhren aus Uruguay gelten werden.

Die Möglichkeit Steuern der Provinz Buenos Aires und nationale Steuern mit Patacon-Bonds zu bezahlen hat dem Steueramt der Provinz bisher \$ 90 Mio. eingebracht. Das Steueramt des Staates erhielt zusätzlich \$ 10 Mio. für Gewinn- und MwSt.

Die französische Auchan-Supermarktkette wartet auf die Bewilligungen der Behörden, um in Buenos Aires 3 weitere Supermärkte auf bereits erworbenen Grundstücken zu bauen. 2 weitere Supermärkte befinden sich bereits im Bau. Als Investition wurden US\$ 100 Mio. genannt. Die Kette erwägt auch den Kauf bestehender Supermärkte.

Luis Areta Saenz Peña, Generaldirektor der argentinischen PSA Peugeot Citroën, löst C. Ratazzi als Präsident des Kfz-Herstellerverbandes Adefa ab. Ratazzi bleibt weiter Vorstandsmitglied.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Auftakt zu EU-Mercosur-Verhandlungen

Im Verlauf einer zehntägigen Reise durch die vier Mercosur-Länder hielt sich EU-Agrarkommissar Franz Fischler aus Österreich zum letzten Wochenende, ausgerechnet am Wahltag, in Argentinien auf, referierte in der Handelsbörse und gab Pressegespräche.

Die Erkundungsreise galt als Auftakt zu den kommenden Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und dem Mercosur. Die EU hatte im vergangenen Juli wie erinnerlich ein Verhandlungsangebot in Montevideo vorgetragen, das Zollsenkungen auch landwirtschaftlicher Produkte im Gegenzug zu Zollsenkungen des Mercosur vorsah. Am 29. Oktober wird der Mercosur in Brüssel eine Gegenofferte vorlegen, wofür nächste Woche die gemeinsame Position der vier Regierungen ausgehandelt werden wird.

Es geht zwischen den beiden Zollunionen EU und Mercosur um eine Freihandelszone im Sinn des Paragraphen 24 der Welthandelsorganisation (WHO), vormals GATT, der hierfür einen Plan und ein Programm zwecks Freigabe substantiell des gesamten Warenaustausches vorsieht, ohne gleichzeitig die Zollschränken gegenüber Drittländern anzuheben. Der EU schwebt eine Übergangszeit von zehn Jahren vor, während denen die Zölle abgebaut werden, damit ein gemeinsamer Wirtschaftsraum mit freiem Warenverkehr entsteht, wogegen die Zölle gegenüber Drittländern weiterhin von beiden Zollunionen (EU und Mercosur) bestimmt werden.

Laut Fischler umfasst die EU-Offerte rund 90% der Agrarimporte aus dem Mercosur, die somit substantiell den gesamten Warenaustausch umfassen. „Substantiell“ (Englisch „substantially all the trade“) wird in der WHO als mindestens 90% des Handels ausgelegt. Die EU geht vom tatsächlichen Import aus, nicht von allen Zollpositionen, wogegen

im Gegenzug alle Warenpositionen des Mercosur, ausgenommen empfindliche Produkte, zollmässig abzubauen sind. Mit allen Zollpositionen werden auch jene Produkte erfasst, deren Import in der EU jetzt verboten oder kontingentiert ist.

Beide Seiten werden gewisse als besonders empfindlich eingestufte Waren ausklammern, sofern sie nicht mehr als 10% des Handels betreffen. Die EU betrachtet laut Fischler insbesondere Fleisch als sensibel, worauf die vier Mercosur-Länder hingegen besonderen Wert legen. Der Konsumrückgang seit dem Ausbruch des Rinderwahnsinns in Europa hat der EU schwierige Anpassungsprobleme bereitet, da die Fleischproduktion ebenfalls abnehmen musste. In diesem Umfeld erscheint es besonders schwierig, den Mercosurwünschen hinsichtlich vermehrter Fleischlieferungen entgegen zu kommen. Ähnliche Probleme ergeben sich bei subventionierten Milchprodukten sowie bei Zucker.

Fischler brachte erstmals offen die EU-Wünsche vor, die im Gegenzug zu den angebotenen Agrarliberalisierungen vom Mercosur erwartet werden. Es geht dabei um die bereits erwähnten Zollsenkungen insbesondere industrieller Güter sowie um den Zugang bei Staatsbeschaffungen sowie zu Dienstleistungen, ferner die Achtung der Patentrechte und den Marktzugang für Alkoholika, wie Fischler klarstellte. Die EU bietet zollfreien Zugang von Industriegütern an. Die stets vom Mercosur beanstandete EU-Agrarpolitik wird laut Fischler in den kommenden WHO-Verhandlungen der sogenannten Millenniumsrunde zur Behandlung kommen, wo Argentinien, der Mercosur und die Länder der Cairnsgruppe aktiv mitwirken. Fischler erläuterte, dass die hohen Garantiepreise für EU-Agrarprodukte bereits weitgehend abgebaut worden sind. Diese Preise enthielten den grössten Teil der EU-Agrarsub-

ventionen, die neuerdings weitgehend weg von den Produkten den Landwirten mit Geldzuschüssen zugeschanzt werden, damit sie unter anderem auch die Landschaft pflegen. Sie sollen offenbar als Gärtner anstatt als Landwirte wirken. Deshalb sind die Beträge der Subventionen gestiegen, aber viel weniger als der fühlbare Abbau der Garantiepreise, wogegen die Exportsubventionen auch abgenommen haben. Die US-Regierung, meinte Fischler spitz, habe hingegen die Agrarsubventionen in den letzten Jahren erhöht. Die Agrarkonzepte der EU und USA werden sicherlich in der Millenniumsrunde aufeinanderprallen.

Fischler wies zudem darauf hin, dass ein Freihandelsabkommen EU-

Mercosur für beide Partner Präferenzen gegenüber der Konkurrenz von ausserhalb nach sich ziehen wird. Genau diese Präferenzen werden in USA und Asien die Furcht über den möglichen Marktverlust ihrer Lieferanten in Mercosur und in der EU aufleben lassen und möglicherweise neue Handelsinitiativen dieser Regierungen in die Wege leiten.

Der Besuch Fischlers hat sicherlich dazu beigetragen, die Meinungen in Mercosur hinsichtlich der bevorstehenden Verhandlungen mit der EU zu klären, die zeitgleich mit der Millenniumsrunde und den Gesprächen mit USA sowie ALCA stattfinden werden, sozusagen dreiteilige Handelsverhandlungen, wie es sie bisher niemals gegeben hat.

Internationale Garantie für argentinische Staatspapiere

Das Problem der argentinischen Staatsschuld besteht nicht in ihrem Umfang, der gemessen am Bruttoinlandprodukt niedriger als in den meisten EU-Staaten ist, sondern in der Sperre des Marktzuganges für die Unterbringung neuer Titel, die seit letztem Jahr besteht. Staatsschulden werden nur ausnahmsweise bei Verfall bezahlt, ohne neue Titel auszugeben; denn Budgetüberschüsse sind selten. Die internationale Finanzwelt hat Argentinien seit einigen Jahren schon Hinweise gegeben, dass die Staatsschuld nicht weiter erhöht werden darf, weil das Land dann in eine gefährliche Lage gerät. Als Zinsen von 11% und mehr bezahlt wurden, war schon klar, dass der Finanzmarkt sich einer Sperre näherte.

Mit der gesetzlich verankerten Nulldefizitpolitik, die mit grosser Härte und hohen politischen Kosten für den Präsidenten De la Rúa durchgeführt wird, sollte der Weg für den Marktzugang geebnet werden. Indessen ergibt sich hier ein *circulus vitiosus*: denn solange kein Marktzugang besteht, besteht die Gefahr des Defaults, was die Zinsen für die Privatwirtschaft hoch hält, die Rezession verewigt und die Steuereinnahmen drückt. Ausserdem belasten die hohen Zinsen auch die Staatsfinanzen und erschweren den Ausgleich von Ausgaben und Einnahmen. Der Marktzugang muss jetzt erreicht werden, und nicht wie ursprünglich vorgesehen im März, und das Risiko, dass dann das Nulldefizit nicht eingehalten wird („moral hazard“), muss in Kauf genommen werden. Sonst geht die Gleichung nicht auf.

In diese Richtung bewegen sich jetzt die grossen internationalen Finanzorgane, nachdem sich schon vorher die Staatschefs der G-7 für eine Unterstützung Argentiniens ausgesprochen hatten. Der politische Wille der USA und der anderen fortgeschrittenen Staaten, einen finanziellen Zusammenbruch Argentiniens zu verhindern, ist vorhanden. Jetzt geht es um die Umsetzung in die Tat. Nachdem der IWF beim letzten Abkommen schon US\$ 3 Mrd. bei Seite gestellt hat, um einen Garantiefonds für argentinische Staatspapiere zu bilden, hat jetzt auch die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank ihren Willen bekundet, zu diesem Fonds beizutragen, um ihn auf US\$ 8 Mrd. zu bringen. US-Schatzsekretär Paul O'Neill hatte schon vorher den Betrag US\$ 10 Mrd. erwähnt, um eine dauerhafte („sustainable“) Lösung zu erreichen.

Cavallo will mit dieser Garantie schon jetzt Staatspapiere, die international untergebracht sind und hohe Zinsen kosten (direkt oder weil der Kurs sehr niedrig ist), zurückkaufen, mit Mitteln, die aus der Un-

terbringung von garantierten Titeln zu 6% bis 8% jährlich stammen. Das wäre ein klares Signal, dass es kein Default gibt, das sich voraussichtlich auch auf die lokalen Zinsen für die Privatwirtschaft auswirken würde. Beiläufig will Cavallo die dieses und nächstes Jahr fälligen Zinsen umschulden, indem sie zum Kapital addiert statt jetzt gezahlt zu werden. Das will er auch auf die Provinzen ausdehnen, denen er dadurch eine Ausgabensenkung von insgesamt etwa einer Milliarde Dollar für 2002 verspricht. Das nennt man kreative Buchhaltung; eine Privatfirma, die so etwas macht, würde des Betruges bezichtigt. Aber bei Staatsfinanzen werden solche Tricks weltweit geduldet, auch vom IWF.

Wie wir an dieser Stelle schon erläutert haben, will Cavallo angeblich die Ausdehnung der Garantie auf bestehende Titel umgehen, indem ein Treuhandfonds in den USA die Titel ausgibt, der dann dem argentinischen Staat ein Darlehen erteilt. Die Titel, die nicht vom argentinischen Staat ausgegeben würden, werden dann durch den oben genannten Fonds garantiert, während der Kredit wiederum durch bestimmte Steuereinnahmen gesichert wird. Das alles erfordert selbstverständlich ein Gesetz.

Guillermo Calvo, Chefökonom der Interamerikanischen Entwicklungsbank, hat letzte Woche schon den Gedanken der Garantie für Titel von unterentwickelten Staaten („emerging markets“) ausgesprochen, wobei er allerdings an einen Fonds denkt, der die Titel aufkauft, wenn sie unter einen gewissen Stand fallen. Er äusserte dabei vornehmlich die Sorge um den Domino-Effekt, wie bei der asiatischen und der russischen Krise, der allgemeinen Schaden bei Ländern wie Argentinien verursache. Die Meinung von Calvo (der seinerzeit die mexikanische Krise von 1994 vorausgesagt hatte und nachher zeitweilig Berater von Wirtschaftsminister Roque Fernández war) hat bestimmt Gewicht.

Bei dieser Umschuldungsmechanik, die Cavallo bei den lokal untergebrachten Titeln beginnt, ist jetzt ein neues Problem aufgetaucht. Die Risikobewertungsagentur Standard and Poor's hat erklärt, dass eine Umschuldung, bei der Kapital oder Zinsen gesenkt werden, als ein „selektives Default“ (SD) betrachtet wird, so dass die Benotung Argentiniens um vier Stufen gegenüber der schon niedrigen Note „CCC+“ sinken würde. Allein, das sollte nicht zu ernst genommen werden; denn wenn die integrale Umschuldung gelingt, so dass keine Defaultgefahr mehr besteht, dann wird Argentinien eine bessere Note erhalten, die dann bei Einhaltung des Nulldefizites schrittweise steigen würde.

Exgouverneur Eduardo Duhalde gebärdete sich am Wahltagsabend wie ein Wahlsieger als gekürter Senator der Provinz Buenos Aires, obwohl seine Partei gegenüber seiner verlorenen Präsidentschaftswahlen von 1999 über eine Million Stimmen weniger ergatterte. Nach dem Wahltag wurde er von der Presse bestürmt, weil er während des Feldzuges stets behauptet hatte, dass das Wirtschaftsmodell erschöpft sei, dass anstelle des Wirtschaftsministers Cavallo ein Unternehmer zu ernennen sei und dass nicht auf die Finanzexperten gehört werden solle. Immerhin war er von seiner Behauptung abgesprungen, dass die Auslandsschulden nicht zu zahlen

Eine dritte nicht konvertierbare Währung?

seien, die ihn ab Mitte 1999 den damaligen Wahlsieg kosteten. Dieses Mal begnügte sich Duhalde mit der Empfehlung, dass die Auslandsschulden freiwillig und mit besseren Garantien zu niedrigeren Zinssätzen umgeschuldet werden sollten, also genau was die Wirtschaftsführung gegenwärtig anpeilt.

Nach dem Wahlsieg brachte Duhalde indessen einen neuen Vorschlag zur Diskussion. Eine dritte Währung neben Peso und Dollar, beide miteinander konvertibel, sollte geschaffen werden, die

nicht konvertibel sei. Was damit eigentlich gemeint war, klärte am nächsten Tag der Wirtschaftsminister der Provinz Buenos Aires, Jorge Sarghini, auf, den Duhalde als Gouverneur ernannt hatte und der von seinem Nachfolger Ruckauf bestätigt wurde.

Sarghini erwähnte gleichfalls eine dritte nicht konvertierbare Währung in Gestalt zinsloser Bondsemissionen der Nationalregierung zu Händen verschuldeter Provinzen, mit denen letztere Gehälter, Gläubiger und Lieferanten bezahlen würden. Genau das ver-

richten die Provinzbonds, genannt Patacones, sowie gleiche Bonds mehrerer anderer Provinzen, allesamt finanziell notleidend. Der Unterschied der als nicht konvertierbare Währung umschriebenen Bonds zu den jetzigen würde laut Sarghini darin bestehen, dass ihm Emissionen bis \$ 4,0 Mrd. vorschweben, wogegen die Patacones bei \$ 500 Mio. begrenzt sind und andere Provinzen nur geringe Beträge ausgeben, auf jeden Fall nicht mehr als eine monatliche Gehaltssumme der betreffenden Provinz. Die Nationalregierung schickt sich zudem an, neue Bonds, im Kürzel bereits als Lepoc bekannt, für maximal \$ 1,2 Mrd. auszugeben, um die Provinz-

bonds abzulösen.

Die als dritte nicht konvertierbare Währung umschriebenen Bonds würden freilich keinesfalls zu pari von allen Gläubigern eingetauscht werden, so dass sehr bald bei dermaßen gewaltigen Beträgen fühlbare Diskonten verzeichnet werden würden, wie es bei allen Provinzbonds längst der Fall ist, auch bei Patacon mit etwa 15% Abschlag, wenn sich niemand findet, der sie zu pari akzeptiert.

Ferner würden diese Bonds die

Konvertibilität de facto untergraben, das Vertrauen anschlagen und zu vermehrter Depositenflucht sowie Devisenverlust der Zentralbank führen. Zwar wären diese Bonds nicht in Dollar zu konvertieren, aber sie würden andere Mittel freigeben, die in Pesos umgehend in Dollar umgewandelt werden würden.

Dieser nicht machbare Vorstoß Duhaldes und Sarginis beruht offensichtlich auf der Sorge, die sich in der stark defizitären Provinz Buenos Aires aus der Tatsache er-

gibt, dass die Nationalregierung ihr nur den vorgeschriebenen Anteil der Beteiligungssteuern gutschreibt, nicht aber ihren Anteil am Monatsbetrag von \$ 1.364 Mio., den die Nation und die Gliedstaaten Ende 2000 für 2001 ausgehandelt hatten. Von Juli bis September erhielten die Provinzen über \$ 500 Mio. weniger, was sicherlich bei mageren Steuererträgen auch bis Ende 2001 so bleiben wird und ebenfalls den Haushalt von 2002 überschattet.

Der Minderbetrag betrifft die

Provinz Buenos Aires monatlich mit mehr als \$ 100 Mio. bei ebenfalls geringeren eigenen Steuereinnahmen. Diese Finanzklemme nötigt die Provinzregierung, harte Sparmassnahmen einzuführen, damit die Provinz gegebenenfalls im Jahr 2003 wieder ausgeglichene Finanzen wie vor 1998 ausweist. Allerdings unter der Auflage, dass sich die Wirtschaft inzwischen erholt und vermehrte Steuern abwirft, was im jetzigen Umfeld depressiver Wirtschaft noch zu beweisen ist.